



FOCUS BRASILIEN

KAS HAUPTABTEILUNG – INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT
LANDESBÜRO BRASILIEN / STUDIENZENTRUM RIO DE JANEIRO



AUSGABE 2
Juli 2008

Kommunalwahlen in Brasilien 2008 – Kandidaten und Koalitionen

Wilhelm Hofmeister

Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2008 erwarten die Parteien der Regierungskoalition von Präsident Lula da Silva einen Erfolg. Kommunisten und Kirchenführer hoffen auf Zugewinne.

In Brasilien finden am 05. Oktober 2008 Kommunalwahlen statt. Ungefähr 400.000 Kandidaten bewerben sich in den 5.563 Gemeinden des Landes um das Amt als Bürgermeister (*prefeito*) sowie um die ca. 52.000 Mandate als Ratsmitglied (*vereador*). In den Gemeinden mit über 200.000 Einwohnern, in denen keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erhält, findet am 26. Oktober eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten statt.

Bürgermeister verfügen in Brasilien über weitreichende exekutive Kompetenzen, die ihnen auch viel politische Macht verleihen. Zudem ist das Amt des Bürgermeisters häufig Ausgangspunkt für weitere Karrieren in der Politik oder der Verwaltung. Das Amt des Bürgermeisters ist daher in allen Gemeinden sehr begehrt und es herrscht stets eine sehr harte Konkurrenz um den Gewinn dieses einflussreichen Amtes. Ein Bürgermeister kann einmal unmittelbar wieder gewählt werden. Dann kann er nach einer vierjährigen Pause wieder kandidieren. 2008 bewerben sich etwa 70% der Bürgermeister um ihre Wiederwahl.

Neben dem Amt des Bürgermeisters ist auch ein Mandat als Ratsmitglied äußerst begehrt, denn in der Mehrzahl der Gemeinden eröffnet es viele Einflussmöglichkeiten. Zudem ist dieses Mandat gemessen an den örtlichen Verhältnissen sehr gut honoriert und wird in der Regel als Vollzeitbeschäftigung ausgeübt. In den großen Gemeinden verfügen die Ratsmitglieder über eine aufwendige Ausstattung mit eigenem Büro, einem größeren Mitarbeiterstab, Dienstwagen etc. Für jeden Bürgermeister ist es von großer Bedeutung, über eine Mehrheit im Stadtparlament (*Câmara Municipal*) zu verfügen. Dabei ist, ebenso wie im nationalen Parlament und in den Landtagen, auf der kommunalen Ebene die Zustimmung zu wichtigen Vorlagen der Stadtregierung von Zugeständnissen gegenüber einzelnen Ratsmitgliedern abhängig. Die Kommune, in der viele politische Karrieren beginnen, ist somit auch ein „Lernfeld“ für die klientelistischen Praktiken, die für den politischen Prozess in Brasilien charakteristisch sind.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Die Zahl der Ratsmitglieder ist abhängig von der Größe der Gemeinde. In den kleineren Gemeinden sind es mindestens neun, in Gemeinden zwischen 47.619 und 1 Million Einwohner sind es höchstens 21. Bei Gemeinden mit höherer Bevölkerung können es noch mehr Ratsmitglieder sein. Die Höchstzahl der Ratsmitglieder beträgt 55 für Gemeinden ab 6.547.612 Einwohnern. Diese Höchstzahl wird nur in São Paulo erreicht. In der nächstgrößeren Stadt Rio de Janeiro mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.952.377 und 6.071.423 Einwohnern werden 50 Ratsmitglieder gewählt.

Bei der Wahl der Ratsmitglieder gilt das personalisierte Verhältniswahlrecht der Parlamentswahlen. Das bedeutet, dass die Kandidaten zwar auf einer Parteienliste antreten, die Wähler aber nicht unbedingt die Partei, sondern den Kandidaten wählen. Diejenigen Kandidaten einer Partei mit den meisten Stimmen erhalten ein Mandat. Deshalb wirbt jeder Kandidat zunächst für sich selbst und nicht für seine Partei. Bei der Wahl der Ratsmitglieder sind Wahlkoalitionen möglich, so dass über einen Verteilungsschlüssel auch Kandidaten kleiner Parteien eine Wahlchance haben.

Weltweit einzigartige Stellung der Kommunen

Die Kommunen und die Kommunalwahlen besitzen im politischen Prozess Brasiliens eine große Bedeutung. Weltweit einzigartig sind die Kommunen in Brasilien eigenständige Mitglieder des Bundes und unterstehen daher nicht der Aufsicht durch die Bundesstaaten oder die Bundesregierung. Die verfassungsgebende Versammlung von 1988 hat den Kommunen diese eigenständige Rolle zugeschrieben, um nach der Zeit der Militärregierung und des Autoritarismus Dezentralisierung und Demokratie zu stärken.¹ In der Verfassung wurden den Kommunen eine ganze Reihe von Funktionen zugeschrieben, die sie selbständig oder als übertragene Aufgaben des Bundes oder der Bundesstaaten wahrnehmen sollen. Dafür sollen sie laut Verfassung und erweiternder Gesetzgebung Zuwendungen vom Bund bzw. den Bundesstaaten erhalten. Die Vergabeverfahren solcher Transferleistungen sind allerdings keineswegs eindeutig geklärt, noch werden sie transparent praktiziert. Deshalb besteht ein wesentliches Betätigungsfeld der Bürgermeister darin, in Brasilia die Interessen ihrer Gemeinde zu vertreten und die Bereitstellung von Mitteln zu erreichen. Dazu muss ein Bürgermeister über gute Verbindungen zu den Ministerien und nicht zuletzt zu den Parlamentariern aus seinem Bundesland verfügen, um diese in die Lobbyarbeit für seine Gemeinde einzubinden.

Der breite Handlungsspielraum der Bundesregierung bei der Mittelzuteilung an die Gemeinden zeigte sich einmal mehr vor den diesjährigen Wahlen. Allein im Juni und den ersten drei Tagen des Monats Juli hat die Bundesregierung 1.262 neue Verträge mit Gemeinden abgeschlossen und damit 1,2 Milliarden Reais (480 Mio. Euro) für

¹ Schon während der Militärzeit war die Rolle der Kommunen gegenüber den Gouverneuren gestärkt worden, um deren Position zu schwächen. Damals setzte die direkte Abhängigkeit der Kommunen von der Bundesregierung ein.

Projekte in Gemeinden frei gegeben. Justizminister Tarso Genro hat vier Wochen vor dem Ende der Registrierungsfrist der Kandidaten und Koalitionen 58 Gemeinden 80 Millionen Reais (ca. 32 Millionen Euro) für Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt; 81% dieser Gemeinden haben Bürgermeister aus Parteien der Regierungskoalition. Nach dem Ende der Registrierungsfrist können keine neuen Vereinbarungen zwischen den Gemeinden und dem Bund oder den Ländern geschlossen werden, um einen Einfluss auf den Wahlkampf zu verhindern.

Die brasilianischen Kommunen bewegen sich in einem ständigen Spannungsfeld zwischen verfassungsmäßiger Autonomie und faktischer Abhängigkeit gegenüber der Bundesregierung und ihrer Landesregierung. Die großen Kommunen sind alle sehr stark gegenüber dem Bund verschuldet, verfügen aber gleichzeitig über eine größere politische Autonomie. Die mittelgroßen und kleinen Gemeinden sind dagegen dem Einfluss des Bundes und Landes stärker ausgesetzt. Vor allem in den ärmeren Landesteilen des Nordens und Nordostens gibt es zahlreiche Gemeinden, die praktisch exklusiv aus Bundeszuwendungen finanziert werden und daher in sehr hohem Maße vom Wohlwollen des Bundes abhängen.

Die enge Verflechtung zwischen Kommunal-, Bundes- und Landespolitik führt dazu, dass bei jeder Kommunalwahl zahlreiche Parlamentarier aus Brasília und noch mehr Landtagsabgeordnete um das Amt des Bürgermeisters kandidieren. Bürgermeister haben nicht nur weitreichende Kompetenzen. Vielmehr kann man nach einem oder zwei Mandaten als Bürgermeister mit einiger Aussicht auf Erfolg wieder für andere Wahlämter kandidieren, nicht zuletzt, weil der Zugriff auf den kommunalen Apparat den Aufbau und die Pflege lokaler Netzwerke ermöglicht, wie dies durch die Parlamentsarbeit im fernen Brasília allein nicht möglich ist. Auch bei einer Niederlage ist eine Kandidatur bei Kommunalwahlen eine gute Möglichkeit zu beweisen, wie wichtig einem Parlamentarier eine Gemeinde ist. So bleibt der Kandidat um ein Bürgermeisteramt im öffentlichen Bewusstsein, was für die zwei Jahre später stattfindenden Parlamentswahlen von großer Bedeutung ist. Insofern ist für Parlamentarier, die bei Kommunalwahlen antreten, eine solche Kandidatur selbst bei einer Niederlage von großem Nutzen.

2008 treten von den 513 Abgeordneten des Nationalen Kongresses und den 91 Senatoren 110 Abgeordnete und 3 Senatoren als Bürgermeisterkandidaten an. Die Zahl der Kandidaten aus einer Parlamentsfraktion ist proportional zu ihrer Größe. So kommt die relativ größte Zahl der Bürgermeisterkandidaten aus den Reihen der Parteien PMDB und PT.

„Vertikalisierung“ der Koalitionen

Mitte Juni, wenige Tage vor dem Ende der Registrierungsfrist für Kandidaten und Koalitionen am 05. Juli, hat das Oberste Wahlgericht (*Tribunal Superior Eleitoral* - TSE) entschieden, dass die so genannte „Vertikalisierung“, die bei den allgemeinen Parlamentswahlen herrscht,

auch bei den Kommunalwahlen Anwendung findet. Das bedeutet, die Koalition zur Unterstützung eines Bürgermeisters muss auch bei den Wahlen für das Stadtparlament eingehalten werden.

Eine weitere Entscheidung des Obersten Wahlgerichts war mit größerer Spannung erwartet worden: der eventuelle Ausschluss von Kandidaten mit einer „ficha suja“, einem „schmutzigen“ Führungszeugnis. Das bezieht sich auf die laufenden Strafverfahren gegen zahlreiche Kandidaten wegen früherer Vergehen gegen die Wahlgesetze oder wegen anderer Delikte.

Von den im Jahr 2000 gewählten Bürgermeistern wurden 72 wegen Verstoßes gegen Wahlgesetze ihres Amtes enthoben, weitere 84, gegen die ähnliche Verfahren liefen, wurden 2004 gewählt bzw. wiedergewählt. Von den 2004 gewählten Bürgermeistern sind mittlerweile 296 aus dem Amt geschieden; 179 (60,5%) wurden wegen administrativer Vergehen (Korruption, Misswirtschaft etc.) ihres Amtes enthoben. Im Bundesstaat Roraima betraf dies ein Drittel aller Bürgermeister. Im Bundesstaat Alagoas wollten die Parteien PTB und PRB jeweils einen Kandidaten für ein Ratsmandat nominieren, der inhaftiert war. Einer der beiden wird beschuldigt, 2007 ein anderes Ratsmitglied seiner Gemeinde ermordet zu haben. Nachdem seine Kandidatur vom regionalen Wahlgericht abgelehnt worden war, wurde seine Tochter nominiert.

Von 119 Gemeinden, in denen die Bundespolizei im Juni eine größere Untersuchung wegen Veruntreuung und Korruption durchführte, gehörten 68% der Bürgermeister Parteien der Regierungskoalition von Präsident Lula an. Am stärksten betroffen waren die Parteien PSDB (in 21 Fällen), PMDB (19), PR (16), PT (14) und PPS (10).

Wahlkampf mit lokalen Themen und nationaler Unterstützung

Bei den Kommunalwahlen stehen in der Regel lokale Themen im Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung und der Wählerentscheidung. Zwar versuchen die Parteien der Regierungskoalition von Präsident Lula da Silva von den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der nach wie vor ungebrochenen Popularität des Präsidenten zu profitieren, doch eine nahtlose Übertragung seiner Popularität ist schon deshalb schwierig, weil sich in vielen Orten und nicht zuletzt auch in den größeren Städten häufig gleich mehrere Kandidaten aus dem Regierungslager in Brasilia gegenüberstehen und gegeneinander um Wählerstimmen konkurrieren.

In Rio de Janeiro beispielsweise gibt es gleich vier Kandidaten aus dem Regierungslager: Senator Marcelo Crivella, der der Partei *Partido Republicano do Brasil* (PRB) des Vizepräsidenten José Alencar angehört, der Landtagsabgeordnete Alessandro Molón von Lulas Arbeiterpartei PT, die frühere Abgeordnete Jandira Fregale von der Kommunistischen Partei PCdo B und weiteren Linksparteien, sowie der bisherige Landesminister Eduardo Paes von der PMDB, der von den beiden anderen Koalitionsparteien PP und PTB unterstützt wird. Allen diesen Kandidaten und ihren Parteien ist der Präsident verpflichtet.

Trotz des lokalen Charakters der Wahlauseinandersetzung sind viele Regierungsmitglieder bereits seit vielen Monaten sehr stark im Kommunalwahlkampf engagiert. Dabei ging es vor allem um die Konstruktion von Wahlkoalitionen, die angesichts der großen Parteienvielzahl auch auf kommunaler Ebene für einen erfolgreichen Bürgermeisterwahlkampf unerlässlich sind. Zugleich wollen die Regierungsmitglieder natürlich dazu beitragen, dass möglichst viele Kandidaten aus dem Regierungslager gewählt werden, was nicht nur die Regierungsarbeit erleichtern und unterstützen würde, sondern auch für den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampf 2010 von großer Bedeutung ist. Je stärker die Parteien auf der lokalen Ebene sind – und das gilt selbstverständlich auch für die Opposition –, desto größere Chancen haben sie bei den nächsten allgemeinen Wahlen.

Präsident Lula ist deutlich um ein vorsichtiges Agieren im beginnenden Wahlkampf bemüht. Einerseits stellt er natürlich bei seinen zahlreichen Reisen ins Landesinnere die Arbeit seiner Regierung als erfolgreich dar und bietet Kommunalkandidaten aus den Reihen der Regierungsparteien die Gelegenheit sich an seiner Seite zu zeigen und im Lichte seiner Popularität zu sonnen. Doch andererseits muss er eine explizite Werbung zugunsten einzelner Kandidaten vermeiden, um keinen seiner Parteigänger einseitig zu bevorzugen. Vor allem die Parlamentarier aus der Regierungskoalition, die nach einer Wahlniederlage wieder nach Brasilia zurückkehren, würden den Präsidenten ihren Ärger spüren lassen, wenn er einen anderen Kandidaten unterstützt hätte. Erst bei der Stichwahl ist ein expliziteres Auftreten von Präsident Lula zu erwarten. Ein allzu großes Engagement im Kommunalwahlkampf würde dem Präsidenten außerdem Kritik vom Obersten Wahlgericht eingetragen, weil das als Amtsmissbrauch ausgelegt werden könnte. Ungeachtet dessen werben alle Kandidaten aus den Regierungsparteien sehr intensiv mit Hinweis auf den Präsidenten, der damit zu einer zentralen Figur des Wahlkampfes wird.

Wie sehr der Präsident um die Koalitionstreue seiner Regierungsparteien bemüht sein muss, zeigt das Beispiel der Kandidatenaufstellung in Belo Horizonte. Dort hatten sich die lokalen Führer von PT und PSDB auf eine gemeinsame Unterstützung des Kandidaten der kleinen Sozialistischen Partei PSB geeinigt. Die nationale Führung der PT hatte diese Wahlkoalition zunächst verboten und wollte einen eigenen Kandidaten nominieren. Der Block der Kleinparteien innerhalb der Regierungskoalition hat gegenüber Präsident Lula jedoch während eines informellen Abendessens am 17. Juni deutlich gemacht, dass sie nirgendwo zu Koalitionen mit der PT bereit wären, wenn die PT nicht den Kandidaten der PSB in Belo Horizonte unterstützen würde. Daraufhin hat sich Präsident Lula gegenüber der nationalen PT-Führung dafür eingesetzt, diese Koalition zu befürworten.

Teurer Wahlkampf

Die Bedeutung der Kommunalwahlen kann man auch an der Höhe der voraussichtlichen Ausgaben für den Wahlkampf ermessen. Nach Erhebungen der Zeitung O GLOBO (12. Juli 2008) auf der Grundlage von Informationen des Obersten Wahlgerichts, dem die Kandidaten ihre (offiziellen) Kosten mitteilen müssen, ist damit zu rechnen, dass für den Kommunalwahlkampf in den 27 Landeshauptstädten und weiteren 200 größeren Städten mit über 200.000 Einwohnern ca. 1 Milliarde Reais ausgegeben werden (ca. 400 Millionen Euro). Der Bürgermeister von Sao Paulo, Gilberto Kassab (DEM), der zur Wiederwahl antritt, hat ein Wahlkampfbudget von 30 Millionen Reais angemeldet. Seine Kontrahenten Geraldo Alckmin (PSDB) und Marta Suplicy (PT) haben jeweils 25 Millionen Reais deklariert. Der Wahlkampf in Sao Paulo wird der teuerste des ganzen Landes sein. Die insgesamt 11 Bürgermeisterkandidaten meldeten zusammengenommen 96 Millionen Reais (fast 40 Millionen Euro) an. Die 12 Bürgermeisterkandidaten in Rio de Janeiro werden voraussichtlich „nur“ knapp die Hälfte dieses Betrages ausgeben. Auch in kleineren Städten wird es aufwendige Wahlkämpfe geben. Die acht Kandidaten in Curitiba beispielsweise werden zusammen immerhin ebenfalls 48 Millionen Reais (knapp 20 Millionen Euro) in den Wahlkampf investieren.

Zwar erhalten die Parteien staatliche Zuwendungen über den Parteienfonds (*Fundo Partidário*) zur Wahlkampffinanzierung. Das sind 2008 insgesamt 135,6 Millionen Reais (54 Mio Euro), reicht jedoch für die Deckung der Wahlkampfkosten bei weitem nicht aus. Der höhere Finanzierungsanteil stammt aus privaten Zuwendungen, wobei viele Kandidaten gegenüber ihren Geldgebern Verpflichtungen eingehen, die sie nach einer erfolgreichen Wahl dann einlösen sollen. Der teure Wahlkampf wird dadurch zu einer Quelle späterer Misswirtschaft, Veruntreuung und Korruption.

Perspektiven der Parteien

Für die Parteien sind die Kommunalwahlen ein wichtiger Moment zur Erlangung von Macht und Einfluss auf der lokalen sowie zur Messung ihrer aktuellen Stärke auf nationaler Ebene. Der Ausgang der Kommunalwahlen hat große Auswirkungen für die Positionierung der Parteien im Hinblick auf die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Die Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores – PT*) des Präsidenten Lula da Silva kann wohl mit der größten Zuversicht in die Wahlen gehen. Sie hofft, am stärksten von der Popularität des Präsidenten zu profitieren. Landesweit ist sie die am besten organisierte Partei. Das zeigt sich u.a. daran, dass sie den relativ größten Anteil an Kandidaten stellt. Allerdings hat die PT in den Landeshauptstädten weniger Kandidaten nominiert als vor vier Jahren. Sie hat nur 19 Kandidaten aus den eigenen Reihen aufgestellt (2004 waren es noch 23); dafür hat sie in anderen Städte mehr Kandidaten nominiert. Diese Zurückhaltung in den Landeshauptstädten ist Folge von Koalitionsabsprachen. So unterstützt

die PT beispielsweise in drei Landeshauptstädten Kandidaten der Sozialistischen Partei Brasiliens (*Partido Socialista Brasileiro* – PSB). Daran zeigt sich ein gewisser Einstellungswandel innerhalb der PT, die in früheren Jahren wesentlich weniger zu Konzessionen gegenüber Koalitionspartnern bereit war. Das ist nicht zuletzt im Hinblick auf die späteren Allianzen vor den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von großer Bedeutung. Eine Ende Juni veröffentlichte Umfrage bestätigte nicht nur das hohe Ansehen des Präsidenten, sondern auch die wieder erreichte Verbesserung des öffentlichen Ansehens der PT, das unter den Korruptionsskandalen der vergangenen Jahre stark gelitten hatte.

Die PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*), stärkste Partei im Parlament und Mitglied der Regierungskoalition, hat zwar nur in der Hälfte der Landeshauptstädte eigene Kandidaten nominiert, doch ist zu erwarten, dass diese Partei, die hauptsächlich als eine Art „Wahlmaschine“ agiert und nur sehr diffuse programmatische Positionen vertritt, in den mittleren und kleineren Städten des Landes wiederum zahlreiche Bürgermeisterämter und Ratssitze besetzen wird. In neun Landeshauptstädten sind PMDB und PT eine Koalition eingegangen, in 17 anderen Landeshauptstädten dagegen sind sie Kontrahenten.

Für die PSDB (*Partido da Socialdemocracia Brasileira*), die wichtigste Oppositionspartei in Brasilia, ist die Kommunalwahl ein ernsthafter Test ihrer künftigen politischen Bedeutung. Die Partei zeigte sich zuletzt organisatorisch wenig gefestigt, hat als Oppositionspartei kein Mittel gefunden, um die Regierung und den Präsidenten ernsthaft herauszufordern und ist zudem durch verschiedene Rivalitäten wichtiger Parteiführer und regionaler Gliederungen gelähmt. In 11 Landeshauptstädten hat die PSDB eigene Kandidaten nominiert (2004: 13). In drei Landeshauptstädten unterstützt sie Kandidaten der „*Democratas*“ (DEM). Allerdings ist diese Allianz der beiden wichtigsten Oppositionsparteien aufgrund unterschiedlicher Strategien und Koalitionen in wichtigen Städten erheblich gestört.

Für die „*Democratas*“ (DEM, früher PFL) geht es bei der Wahl um ihr Überleben als eine der wichtigeren Parteien des Landes. Sie steht vor ernsthaften Schwierigkeiten. Im Parlament verlor sie seit den letzten allgemeinen Wahlen eine Reihe von Abgeordneten und Senatoren durch Parteiübertritte und auch in den Kommunalwahlen der letzten Jahre hat sie kontinuierlich an Gewicht verloren. Die Zahl ihrer gewählten Bürgermeister und Ratsmitglieder sank kontinuierlich. Nun hat sie kaum noch bekannte politische „Schwergewichte“, die die Wahl von Kommunalkandidaten erfolgreich unterstützen können. Antonio Carlos Magalhães beispielsweise, der frühere Gouverneur von Bahia, ist im letzten Jahr gestorben und sein Enkel, der Abgeordneter in Brasilia ist und nun als Bürgermeister von Salvador kandidiert, besitzt noch zu wenig eigenes politisches Gewicht, um seiner Partei viele Stimmen zuzuführen. Cesar Maia, der amtierende Bürgermeister aus Rio de Janeiro, der selbst nicht kandidieren kann, erscheint als verbraucht und wird seit einiger Zeit sehr stark in den Medien kritisiert. Die von ihm ausgewählte Kandidatin für das Bürgermeisteramt in Rio hat anscheinend wenig Chancen in den

zweiten Wahlgang zu kommen. Einige Senatoren der *Democratas* haben ihr Mandat ruhen lassen, um sich aktiver im Kommunalwahlkampf engagieren zu können. Doch bleibt abzuwarten, ob die Partei davon wirklich profitieren kann.

Mit wesentlich mehr Optimismus ist die Kommunistische Partei (*Partido Comunista do Brasil* (PCdoB)) in den Wahlkampf gestartet. Die Kommunisten gehören zu den kleineren Parteien des Landes und sind mit 13 Abgeordneten im Parlament in Brasília Mitglied der Regierungskoalition von Präsident Lula. Bisher hat die PCdoB noch niemals den Bürgermeister einer größeren Stadt gestellt. Doch bei den Wahlen 2008 besitzt sie nun einige gute Aussichten. In Aracajú stellt sie nach dem Amtsverzicht des PT-Bürgermeister, der 2006 als Gouverneur kandidierte, bereits das Stadtoberhaupt, der nun gute Chancen hat, an der Spitze einer Koalition von PT-PSDB-PDT-PTB-PPS wieder gewählt zu werden. In Porto Alegre, Rio de Janeiro und Belo Horizonte haben die Kandidaten der PCdoB gute Chancen in die Stichwahl zu kommen. In São Paulo kandidiert der Kommunist Aldo Rebelo als Stellvertreter der PT-Kandidatin Marta Suplicy. Sofern diese gewählt wird und 2010 dann als Gouverneurs-Kandidatin antritt, würde Rebelo ihr ins Amt des Bürgermeisters nachrücken. In Rio de Janeiro rangiert die Kandidatin der Kommunistischen Partei an zweiter Stelle in den Umfragen und hat ihre stärkste Unterstützung vor allem in den gehobenen Einkommens- und Bildungsschichten, während der führende Kandidat Kontrahen von der Universalkirche insbesondere von den ärmeren Schichten unterstützt wird.

Zuversicht bei Kirchenführern der *Igreja Universal do Reino de Deus*

Die *Igreja Universal do Reino de Deus* (IURD, „Universelle Kirche des Königreiches Gottes“), die sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der einflussreichsten Pfingstkirchen entwickelte, stellt seit den neunziger Jahren kontinuierlich eine Reihe von Abgeordneten in den Bundes- und den Landesparlamente und daneben auch viele Bürgermeister in kleineren und mittleren Städten. Noch nie aber hat ein Angehöriger dieser Kirche die Bürgermeisterwahl einer größeren Stadt gewonnen. Die Angehörigen dieser Kirche waren immer auf verschiedene Parteien verteilt. 2005 wurde aus den Reihen der IURD eine eigene Partei gegründet, die *Partido Republicano do Brasil* (PRB). Im Oktober 2008 besteht nun die Möglichkeit, dass ein Angehöriger dieser Partei, der Senator Marcelo Crivella, der zugleich „Bischof“ der *Igreja Universal* ist, zum Bürgermeister der zweitgrößten Stadt des Landes Rio de Janeiro gewählt wird. In seinem Wahlkampf wird er von den Angehörigen dieser Kirche tatkräftig unterstützt.

Koalitionsbildungen in São Paulo und Belo Horizonte

Die Vorbereitung des Wahlkampfes in Sao Paulo und Belo Horizonte steht seit Monaten im Zentrum der nationalen Aufmerksamkeit. In diesen Städten werden alternative Wahlstrategien erprobt, die für die nächsten nationalen Wahlen von großer Bedeutung sein können. Protagonisten sind an beiden Orten die PSDB und die PT.

São Paulo

In São Paulo regiert seit 2006 Bürgermeister Gilberto Kassab von den „*Democratas*“ (DEM). Er war vor vier Jahren im Rahmen einer Allianz zwischen PSDB und DEM als stellvertretender Bürgermeister des damals siegreichen José Serra (PSDB) gewählt worden. Als Serra 2006 sein Bürgermeisteramt aufgab, um als Gouverneur zu kandidieren, rückte ihm Kassab ins Amt des Bürgermeisters nach. Kassab war zu diesem Zeitpunkt nicht sehr populär und hat seither seine Popularität nicht entscheidend steigern können. Allerdings ließ er seit langem keinen Zweifel daran, dass er für eine Wiederwahl kandidieren würde. Diese Absicht wird von dem Gouverneur José Serra unverhohlen unterstützt, weil Serra 2010 noch einmal als Präsident kandidieren will und dann die DEM für eine Wahlkoalition braucht. Für die DEM ihrerseits ist die Kandidatur von Kassab von zentraler Bedeutung, weil sie in keiner anderen bedeutenden Stadt an der Macht sind und unbedingt das Bürgermeisteramt in São Paulo halten wollen. Ein Verzicht von Kassab zugunsten eines Kandidaten der PSDB kam daher nicht in Frage.

Innerhalb der PSDB allerdings bereitete der frühere Gouverneur und Präsidentschaftskandidat Geraldo Alckmin seit langem seine Bewerbung um den Bürgermeisterposten von São Paulo vor. Daraus ergab sich eine allgemein erkennbare Kontroverse zwischen Serra und Alckmin mit ihrem jeweiligen Lager innerhalb der PSDB. Alckmin konnte dabei auf deutlich günstigere Umfragewerte verweisen als Kassab. Bei einem Parteikonvent am 2. Juni haben 89,9% der fast vollständig anwesenden Delegierten seine Kandidatur unterstützt. Gouverneur José Serra nahm an diesem Konvent teil und rief die Partei zur Einigkeit auf. Allerdings ist kaum zu erwarten, dass er sich sehr intensiv für seinen Parteifreund Alckmin im Wahlkampf engagiert.

In der PT zeichnete sich seit langem die Kandidatur der früheren Bürgermeisterin Marta Suplicy ab, die 2006 José Serra unterlag. Die PT hat eine Wahlkoalition mit einer Reihe kleinerer Linksparteien gebildet und der PCdoB den Posten des stellvertretenden Bürgermeisters überlassen. Damit könnte, wie schon erwähnt, nach einer eventuellen Wahl von Frau Suplicy und ihrer eventuellen späteren Kandidatur um das Amt des Gouverneurs der Kommunist Aldo Rebello 2010 Bürgermeister von São Paulo werden. Frau Suplicy, die die Umfragen in São Paulo anführt, könnte übrigens nach einem Wahlsieg in der Stadt noch andere Ambitionen entwickeln: die PT sucht dringend einen Präsidentschaftskandidaten und eine erfolgreiche Wahl in São Paulo wäre ein Schritt in Richtung einer Präsidentschaftskandidatur. Präsident Lula hatte Frau Suplicy nach seinem Wahlsieg 2006 nicht sonderlich freundlich behandelt und lange gezögert, ehe er ihr das Ministerium für Tourismus übertrug. Die Anhänger von Frau Suplicy hatten damals ein wichtigeres Ministerium für sie gefordert, das ihr mehr Medienpräsenz beschern würde. Doch der Präsident hatte das abgelehnt. Im Wahlkampf ist von etwaiger Missstimmung zwischen beiden nichts zu spüren. Frau Suplicy ließ große Plakate kleben, auf denen sie an Lulas Seite zu sehen ist. Vor allem für den zweiten Wahlgang ist eine explizite Unterstützung des Präsidenten für sie zu erwarten.

Umfrage Bürgermeisterkandidaten in São Paulo

LÄNDERBERICHT

FOCUS BRASILIEN 2/2008

www.kas.de

Kandidat / Partei	August 2007	November 2007	Februar 2008	März 2008	Mai 2008	Juli 2008
Marta Suplicy (PT)	24	24	25	29	30	38
Geraldo Alckmin (PSDB)	30	26	29	28	29	31
Fernando Kassab (DEM)	10	13	12	13	15	13
Paulo Maluf (PP)	11	10	10	8	8	8

Datafolha vom 3./4. Juli 2008 (Angaben in %)

Belo Horizonte

In Belo Horizonte kam eine ganz andere Wahlallianz zustande, die möglicherweise einige Zukunftsperspektiven birgt. Dort haben sich der Gouverneur Aécio Neves (PSDB) und der Bürgermeister der Landeshauptstadt Fernando Pimentel (PT) auf eine Wahlallianz zwischen PSDB und PT verständigt. In beiden Parteien ist diese Allianz zunächst nicht gutgeheißen worden; die nationale PT-Führung hatte diese Absprache sogar zunächst ausdrücklich untersagt, weil man ein falsches Signal gegenüber den Parteien der Regierungskoalition fürchtete. Bemerkenswerterweise gehört der Kandidat, auf den sich PSDB und PT verständigten, Márcio Lacerda, keiner dieser beiden Parteien an, sondern der kleinen PSB. Diese Koalition ist deshalb von Bedeutung, weil Aécio Neves, neben José Serra als ein weiterer ernstzunehmender Präsidentschaftskandidat der PSDB gilt und sich durch die Absprache mit der PT nicht als Oppositionspolitiker profiliert, sondern durch sein gutes Verhältnis zum Präsidenten eher von dessen Popularität profitiert. Auch wenn eine solche Koalition zwischen PSDB und PT noch in einigen weiteren Städten zustande kam, scheint es sehr unwahrscheinlich, dass dies ein Modell für die Wahlen von 2010 werden könnte.

Perspektiven

Der Kommunalwahlkampf hat offiziell am 06. Juli begonnen. In vielen Gemeinden ist schwer vorhersehbar, welche Parteien und Kandidaten am Ende siegen werden, doch ist mit einem Erfolg der Parteien aus der Koalition des Präsidenten zu rechnen.

Die Koalitionen sind insgesamt diffuser. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Parteien in den letzten Jahren eher noch stärker an Profil verloren haben – ein Eindruck, der durch die Beobachtung der nationalen Situation bestärkt wird, wo neben dem Präsidenten kaum weitere politische Akteure mit Profil wahrzunehmen sind. Das weist auf eine noch stärkere Personalisierung der Politik in Brasilien hin, die aufmerksam zu beobachten sein wird.

Kommunalwahlen in Brasilien 2008 – Kandidaten und Koalitionen

LÄNDERBERICHT

FOCUS BRASILIEN 2/2008

www.kas.de

Ort	Kandidat	Partei des Kandidaten	Koalition
São Paulo – SP	Gilberto Kassab Geraldo Alckmin Marta Suplicy	DEM PSDB PT	PMDB, PR, PV, PSC, PR, PTB, PHS, PSL, PSDC PCdoB, PSB, PDT, PRB, PTN
Rio de Janeiro – RJ	Marcelo Crivella Fernando Gabeira Solange Amaral Alessandro Molon Eduardo Paes Jandira Fregale	PRB PV DEM PT PMDB PCdoB	PR PSDB, PPS PTC, PMN PP, PTB PRTB, PTN, PHS, PS
Belo Horizonte – MG	Márcio Lacerda Leonardo Quintão Gustavo Valadares	PSB PMDB DEM	PT + (PSDB PHS)
Salvador – BA	João Henrique ACM Neto Antônio Imbassahy Walter Pinheiro	PMDB DEM PSDB PT	PTB, PDT, PP PR, PRB, PTN, PSDC, PTC PPS PSB, PTB, PV, PCdoB
Porto Alegre – RS	José Fogaça Maria do Rosário Manuela D'Ávila Onyx Lorenzoin Luciana Genro	PMDB PT PCdoB DEM PSOL	PTB, PDT PRB, PTC PPS, PSB, PR, PMN PP, PSC PV
Fortaleza – CE	Luizianne Lins Moroni Torgon Patrícia Saboya Adahil Barreto	PT DEM PDT PR	PMDB, PSB, PCdoB, PRB PP PSDB, PTB, PPS PR
Curitiba – PR	Beto Richa Gleisi Hoffmann Moreira Junior	PSDB PT PMDB	PSB, PDT, DEM, PPS, PP, PR PP, PTB PMDB
Recife – PB	João da Costa Raul Henry Mendonça Filho Carlos Ed. Cadoca	PT PMDB DEM PSC	PSB, PDT, PTB, PCdoB, PR PSDB PV PP, PPS
Belém – PA	Ducimar Costa José Pirante Mário Cardoso Valéria Pires Franco	PTB PMDB PT DEM	PR, PDT, PV PRB PCdoB, PSB PSDB
Manaus – AM	Serafim Corrêa Amazonino Mendes Omar Aziz Francisco Praciano	PSB PTB PMN PT	PDT, DEM, PSDB PP PR, PMDB, PRB PPS
São Luís – MA	Gastão Vieira Flávio Dino João Castelo Waldir Maranhão Clodomir Paz Raimundo Cutrim	PMDB PCdoB PSDB PP PDT DEM	PSC PT, PSB PSB PV PPS PRTB, PTdoB
Natal – RN	Fátima Bezerra Wober Jr. Micarla de Souza	PT PPS PV	PMDB-PSB-PDT-PCdoB-PRB PSDB PP, DEM, PR, PTB, PMN
Florianópolis – SC	Dário Berger Nildomar Freire César Souza Jr. Esperdião Amim	PMDB PT DEM PP	PR, PRB, PSB PT PSDB, PPS PTB